

Kurzinformationen

Anlässlich des 400. Todestags des heiligen Karl Borromäus am 3. November besuchte Johannes Paul II. die oberitalienischen Wirkungsstätten seines Namenspatrons. Seine Reise führte den Papst vom 2. bis 4. November zur Wallfahrtskirche „Santa Maria del Monte“ in Varese, nach Pavia, wo Karl Borromäus studierte und später ein Kolleg gründete, nach Arona, dem Geburtsort des Kardinals und nach Varallo in der Provinz Vercelli, wo sich Karl Borromäus kurz vor seinem Tod aufgehalten hatte. Den Abschluß des Besuchs bildete ein Aufenthalt in Mailand, wo der Papst auf dem Domplatz eine Messe mit zweihunderttausend Gläubigen feierte. Bei seinen zahlreichen Ansprachen und Predigten stellte Johannes Paul II. *Leben und Werk des heiligen Karl Borromäus* in den Mittelpunkt, den er als „wahren Riesen in der Geschichte der Kirche“ bezeichnete. Beim Treffen mit Professoren und Studenten der Universität Pavia wies er auf die notwendige *Begegnung von Glaube und Kultur* hin, die nicht zuletzt deswegen von Bedeutung sei, um die Menschen von einer sie verklavenden konsumistischen Ideologie zu befreien. Bei einem Treffen mit piemontesischen Priestern in Varallo zog er Parallelen zwischen dem Wirken von Karl Borromäus nach dem Tridentinum und den Aufgaben der Kirche nach dem Zweiten Vatikanum. Auch in der gegenwärtigen Situation sei die *Ausbildung des Klerus* besonders wichtig. Die Seminare und anderen Institutionen der Priesterausbildung seien auch heute für die Zukunft der Pastoral von entscheidender Bedeutung. Als zweiten Anstoß aus dem Wirken des Mailänder Kardinals nannte Johannes Paul II. die Notwendigkeit der *Erwachsenenkatechese*. Er rief die Priester dazu auf, in einen lebendigen katechetischen Dialog mit den Erwachsenen einzutreten, ihnen dabei aber das Geheimnis Jesu Christi vollständig und in Übereinstimmung mit dem Lehramt zu vermitteln. Die Mailänder erinnerte er daran, daß Karl Borromäus ihre Vorfahren dazu aufgerufen habe, ein „deutliches Beispiel des christlichen Lebens“ zu geben. Diese Aufforderung richte sich auch an das heutige Mailand.

Der Generalobere der Jesuiten, Peter Hans Kolvenbach, beurteilt die „Theologie der Befreiung“ insgesamt positiv und unterstützt die Bemühungen der lateinamerikanischen Kirche um soziale Gerechtigkeit. Die Theologie der Befreiung müsse „als möglich und notwendig“ anerkannt werden. In einem in der New York Times (28. 10. 84) wiedergegebenen Interview vertritt Kolvenbach die über das im September erschienene vatikanische Dokument zur Theologie der Befreiung hinausgehende Auffassung, es könne Situationen geben, in denen es „absolut notwendig“ sei, zur Klärung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenhänge eine marxistische Terminologie zu gebrauchen. So könne die Verwendung des Begriffs Klassenkampf nicht grundsätzlich abgelehnt werden, da der Klassenkampf nun einmal existiere. Solche Begriffe sollten jedoch letztlich im christlichen Sinn interpretiert werden. Marxistische Begriffsinhalte wie der Krieg der Klassen oder der historische Materialismus dürften nicht verwendet werden, um christliches Handeln zu rechtfertigen. Oswald von Nell-Breuning SJ stimmte Kolvenbach in einem Leserbrief an die FAZ zu und wies darauf hin, daß die katholische Soziallehre bereits in der 1931 erschienenen Enzyklika „Quadragesimo anno“ Pius' XI. zwischen einem von Haß und Neid getragenen, auf die Liquidierung der anderen Klassen zielenden Klassenkampf und dem ehrlichen, vom Willen zur Gerechtigkeit getragenen Klassenkampf unterscheidet, den sie als unentbehrlich aner-

kenne. P. Kolvenbach selbst hob sehr nachdrücklich das Verdienst der Jesuiten in Lateinamerika hervor, „uns die Augen für die Notwendigkeit der Befreiung“ geöffnet zu haben. „Ohne die Jesuiten in Mittel- und Südamerika gäbe es die ‚Option für die Armen‘ nicht.“ Für ihre Aufgabe benötigten die Jesuiten jedoch eine „noch tiefere Spiritualität und einen kritischeren Sinn für die gesellschaftliche Wirklichkeit“ als bisher. Der Jesuitengeneral hofft auf eine positivere Ausrichtung des vom Vatikan angekündigten zweiten Dokuments zum Thema Kirche und Befreiung. Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* sprach sich vor Journalisten für eine baldige Fertigstellung und Veröffentlichung dieses Dokuments aus. Auch er betonte die positiven Seiten der Befreiungstheologie. Diese seien „nicht weniger wichtig als die, sagen wir, negativen Teile, denn das Bedürfnis nach gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Befreiung existiert wirklich“.

Österreichs Bischöfe haben bei ihrer Herbstvollversammlung vom 6. bis 8. November in Wien die Bevölkerung zur Solidarität mit den Arbeitslosen aufgerufen und alle Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit begrüßt. Alle gesellschaftlichen Gruppen müßten, so die Bischöfe, gemeinsam nach neuen Lösungen für diesen „tiefgreifenden Umschichtungsprozeß der Gesellschaft und der Arbeitswelt“ suchen. Besonderer Unterstützung bedürften in dieser Situation jugendliche Arbeitslose, die Familien Arbeitsloser und am Rand der Gesellschaft Stehende wie Ausländer und Behinderte. Des weiteren beschäftigten sich die Bischöfe mit der Auseinandersetzung um die Einhaltung des Feiertags am Samstag, den 8. Dezember, der in Österreich kirchlich und staatlich als Feiertag gilt und um dessen „Aufhebung“ zugunsten eines normalen Einkaufssamstages in der umsatzträchtigen Vorweihnachtszeit heftige Kämpfe entbrannt waren. Insbesondere die Wirtschaftstreibenden der westösterreichischen Bundesländer hatten im Hinblick auf ins angrenzende Ausland ausweichende Käuferschichten starken Druck auf die Phalanx von Gewerkschaften und Kirche als Vertreter der Einhaltung der Feiertagsruhe ausgeübt. Politisch Position bezogen Österreichs Bischöfe außerdem in der Frage der *Fristenregelung*, als deren gesetzgebende Auswirkung derzeit im Parlament eine Änderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes beraten wird. Diese Neufassung sieht nicht mehr wie bisher den gesetzlichen Schutz ungeborener Kinder vom Zeitpunkt der Empfängnis an vor, wogegen die Bischöfe berechnete Einwände äußerten. Außerdem erhofften sie sich nach der Überreichung der von der Plattform „Geborene für Ungeborene“ initiierten und von mehr als 200 000 Österreichern unterzeichneten Petition an die Parlamentsvertreter, daß im Sinne der Petition Lebensrechte des ungeborenen Kindes zukünftig besser geschützt würden. Zu den in Gang befindlichen Veränderungen im *Medienwesen* betonten die Bischöfe, daß in dem von den Medien vermittelten Weltbild die Frage nach dem Sinn des menschlichen Daseins nicht fehlen dürfe; Maßstab der Programmgestaltung müsse die personale Würde des Menschen sein. Die Bischöfe stellten außerdem intensivere Bemühungen um die kirchliche Ehevorbereitung und einen verstärkten Beitrag der Kirche zur inneren Schulreform in Aussicht.

Vom 13. bis 15. Oktober fand in Zürich die VI. Europäische Konferenz der *Iustitia-et-Pax-Kommissionen* statt. Dabei befaßten sich Vertreter von 15 nationalen Kommissionen und weitere

Fachleute mit dem Thema „Das internationale Bankensystem und die Verschuldung der Dritten Welt. Die Verantwortung der Geschäftsbanken: Ethische Reflexion“. Gleichzeitig ging der Vorsitz für die nächsten drei Jahre („Fortsetzungskomitee“) an die schweizerische Iustitia et Pax. Das Tagungsthema wurde auf einer Pressekonferenz in einen zweifachen *europäischen Zusammenhang* gestellt: Zum einen haben sich schon verschiedene Nationalkommissionen mit diesem Fragenkreis befaßt, und zum andern hat sich dabei gezeigt, daß seine Behandlung im europäischen Rahmen dringend und nützlich wäre. Als ein Ergebnis der Tagung wurde bezeichnet, daß Anregungen zur weiteren Bearbeitung der offenen Fragen durch die einzelnen *Nationalkommissionen* vermittelt werden konnten. In ihren Empfehlungen beauftragt die Europäische Konferenz das „Fortsetzungskomitee“, eine internationale Arbeitsgruppe einzusetzen, und lädt die einzelnen Nationalkommissionen ein, aufgrund der Gruppenberichte der Konferenz entsprechende Studien aufzunehmen oder fortzusetzen, mit Bankiers ins Gespräch zu kommen und zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen. Die Iustitia-et-Pax-Tagung suchte nicht die Konfrontation mit dem Bankensystem, sondern im Gespräch mit Bankiers nach *systemkonformen Alternativen*. Sie erinnerte die Geschäftsbanken an ihre Verantwortung für ihre internationale Tätigkeit und an Kriterien, die diese selbst für ihre nationale Tätigkeit anwenden: Wenn Geschäftsbanken Entwicklungsprojekte finanzieren, wenden sie bei der Kreditgewährung auch Kriterien menschlicher und sozialer Nützlichkeit an? Wenn wirtschaftliche Auflagen zur nationalen wie internationalen Destabilisierung beitragen, müßten dann die Banken nicht auch in diesem Bereich ihre Kriterien von Sicherheit und Klugheit anwenden? Wenn die europäischen Bankiers zunehmend eine internationale politische Rolle spielen, müßten sie dann nicht auch im Blick auf die Dritte Welt und ihre gerechten Forderungen eine Verantwortung wahrnehmen und dabei überdies einen europäischen Beitrag zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung einbringen? Die Tagung sprach aber auch die Bankiers an, die einen Widerspruch zwischen ihren menschlichen und christlichen Wertvorstellungen und den Sachzwängen ihres Berufes empfinden: Müßten sie nicht innerhalb ihrer eigenen Institute aus eigenem Antrieb eine Informations- und Sensibilisierungsarbeit leisten und also bevor sie von Dritten herausgefordert werden?

Auf einer außerordentlichen Vollversammlung vom 22. bis 26. Oktober in Rom verabschiedeten die italienischen Bischöfe das neue Statut für ihre Bischofskonferenz. Außerdem erließen sie zahlreiche Partikularnormen zum CIC und beschäftigten sich mit den Folgeproblemen des Anfang 1984 unterzeichneten neuen italienischen Konkordats (vgl. HK, April 1984, 157–159). Im Zusammenhang mit dem neuen Statut wurde auch über die Frage beraten, ob der Vorsitzende der italienischen Bischofskonferenz auch weiterhin vom Papst ernannt oder aber von der Vollversammlung gewählt werden soll. Über ein Ergebnis dieser Beratungen wurde im Schlußkommuniqué allerdings nichts mitgeteilt. Breiten Raum nahm auf der Tagesordnung der Bischöfe die Vorbereitung des 1985 bevorstehenden *zweiten nationalen Kongresses* („Convegno nazionale“) der italienischen Kirche ein. Unter dem Thema „Christliche Versöhnung und menschliche Gemeinschaft“ werden sich dazu ungefähr zweitausend Delegierte aus allen Bistümern, den katholischen Verbänden und Bewegungen im kommenden April in Loreto treffen. Im Vorblick auf den Kongreß stellten die Bischöfe zum Abschluß ihrer Vollversammlung fest, es sei für Italien dringend notwendig, die christlichen und ethischen Werte, die die Grundlagen des Zusammenlebens im Land seien, wiederzugewinnen. Das Leben müsse

ohne irgendwelche Kompromisse respektiert und geschützt werden. Die Bischöfe verurteilten entschiedene Abtreibung und Abtreibungsmentalität und nannten Bestrebungen, die Euthanasie zu legitimieren, „Strategien des Todes“. Es brauche eine Strategie des Lebens gegen Hunger und Gewalt, gegen Drogensucht und Pornographie, gegen den Rüstungswettlauf und den Krieg. Johannes Paul II. stellte seine Ansprache an die Vollversammlung unter das Leitmotiv „Versöhnung“ und nannte das Leben des einzelnen, der Gesellschaft und der Kirche als Felder, auf denen diese Versöhnung Wirklichkeit werden müsse.

Vom 24. bis 29. Oktober kamen die französischen Bischöfe zu ihrer diesjährigen Vollversammlung in Lourdes zusammen. Hauptberatungsgegenstände waren Fragen des *Kirchenrechts* sowie die Verabschiedung einer überarbeiteten Fassung der katechetischen Textsammlung „Pierres Vivantes“. Die insgesamt 26 Partikularnormen zum neuen Kirchenrecht betreffen z. B. die Buß- und Fastenordnung, die Priesterkleidung, die Laienpredigt, das Firmalter und das Erwachsenenkatechumenat. Die Beschlüsse wurden nur z. T. bekannt. Geprägt wurde die Vollversammlung hingegen vor allem von der Diskussion über die Katechese (vgl. HK, Februar 1984, 54). Obwohl man mit den neuen, erst vor vier Jahren eingeführten katechetischen Materialien zunächst bis 1986 Erfahrungen sammeln wollte, um dann vielleicht eventuell nötige Änderungen vorzunehmen, war durch den Druck traditionalistischer Kreise, aber vor allem durch die Einsprache Roms eine Überarbeitung von „Pierres Vivantes“ bereits zu einem früheren Zeitpunkt notwendig geworden. Die nun vorgelegte *Neufassung* wurde mit 100 von 102 Stimmen der Bischöfe gutgeheißen. Änderungen betreffen in erster Linie zwei Bereiche: Durch theologische Ergänzungen, gerade auch die christliche Lebensführung betreffend, wurde das Werk ergänzt und – wie dazu kritisch angemerkt wurde – überfrachtet. Die Reihenfolge der biblischen Texte aus dem Alten wie dem Neuen Testament wurde wieder der klassischen Ordnung entsprechend verändert: Während die erste Ausgabe von „Pierres Vivantes“ mit dem Exodus bzw. Pfingsten beginnt, stellt die neue Fassung die Schöpfungsgeschichte und den Sündenfall bzw. die Evangelien und das Leben Jesu an den Anfang. In der Frage der kirchlichen Genehmigung von katechetischem Material wurde im übrigen die Stellung und Verantwortung des jeweiligen Diözesanbischofs ganz im Sinne des neuen Kirchenrechts gestärkt. Der bisherige Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, der Bischof von Lille, *Jean Vilnet*, wurde für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt. Die Tatsache, daß diesmal ein Großteil der Beratungen der Bischöfe hinter verschlossenen Türen stattfand, stieß in der Presse wiederholt auf Kritik.

Die US-amerikanischen Bischöfe veröffentlichten den ersten Entwurf ihres seit langem geplanten Hirtenbriefs zu Fragen der Wirtschaft. Wenige Tage nach den Präsidentschaftswahlen und am Vorabend der diesjährigen Vollversammlung der Bischofskonferenz wurde das 136 Seiten umfassende Dokument unter dem Titel „Katholische Soziallehre und amerikanische Wirtschaft“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser Termin war gewählt worden, damit das Hirtenwort nicht als eine Einmischung der Bischöfe in die Präsidentschaftswahlen aufgefaßt werden konnte. Für den Sommer nächsten Jahres wird mit der Vorlage des zweiten Entwurfs gerechnet, für November 1985 mit Verabschiedung des endgültigen Texts. Der von einer fünfköpfigen Kommission unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Milwaukee, *Rembert Weakland OSB*, erarbeitete Text spricht sich für die Schaffung einer Ordnung aus, „die jeder Person Mindestvoraussetzungen der

menschlichen Würde im Bereich der Wirtschaft“ garantieren müsse. Die ungleiche Verteilung der Einkommen und des Reichtums in den USA wird kritisiert, Diskriminierungen Minderheiten gegenüber werden beklagt. Eine moralische Verpflichtung sei es für ein Land wie die USA, Hunger, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Tatsache, daß das Einkommen von 15 Prozent der US-Bevölkerung unter dem Existenzminimum liegt, nennt der Textentwurf einen moralischen und sozialen Skandal. Erzbischof Weakland erklärte unterdessen, daß das Dokument nicht den Kapitalismus angreife. Man sei sich durchaus bewußt, daß das kapitalistische System viel zustande gebracht habe. Auch wenn das Dokument betont, es gelte den nötigen Einsatz für die Armen losgelöst von der Parteipolitik zu verfolgen, wurde die von den Bischöfen eingeschlagene Linie als

eine herbe Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik von Präsident *Ronald Reagan* angesehen. Dementsprechend deutlich beklagten Vertreter der Demokratischen Partei, daß der Entwurf nicht bereits vor den Präsidentschaftswahlen veröffentlicht worden sei. Sie sahen in ihm eine weitgehende Bestätigung der von *Walter Mondale* geforderten Politik. Wenige Tage vor der Veröffentlichung des Entwurfs durch die Bischöfe meldete sich eine Gruppe von 27 katholischen Laien mit einem *Gegendokument* zu Wort, in dem das US-Wirtschaftssystem verteidigt wird. Hauptautor dieses Textes ist der Publizist *Michael Novak*. Zu der Laienkommission gehören so prominente Katholiken wie der frühere Finanzminister *William E. Simon*, der frühere Außenminister *Alexander Haig* und der Industrielle *J. Peter Grace*. (Eine ausführlichere Berichterstattung erfolgt im Januar-Heft.)

Bücher

WALTER STROLZ. *Heilswege der Weltreligionen*. Band 1: Christliche Begegnung mit Judentum und Islam. Verlag Herder, Freiburg-Basel-Wien 1984. 192 S. 28.- DM.

Mit diesem Band zieht Walter Strolz eine Bilanz aus Religionsgesprächen zwischen christlichen Theologen und Vertretern von Judentum und Islam, die seit 1973 unter seiner Leitung von der Stiftung „Oratio Dominica“ veranstaltet wurden. Nicht zufällig eröffnet den Band ein Rückblick auf die Konzilserklärung über die nichtchristlichen Religionen: Schließlich ist damit von katholischer Seite eine neue Basis für den Dialog zwischen den Religionen geschaffen worden. Strolz möchte mit seinen Analysen und Reflexionen zur christlich-jüdischen-islamischen Begegnung der Entwicklung einer „Abrahamitischen Ökumene“ dienen, die sich auf das gemeinsame Bekenntnis der drei monotheistischen Weltreligionen zu Gott als Schöpfer, Richter und Vollender der Welt gründet. Das Buch setzt deshalb mit den Grundthemen Schöpfung, Offenbarung und Erlösung ein und nimmt von dort aus das jeweils unterschiedliche bestimmte Verhältnis von Offenbarung und Tradition in den Blick. Weitere Kapitel gelten der aus dem Schöpfungsbekenntnis erwachsenden Weltverantwortung, dem Gebet in den drei Religionen, der mystischen Gotteserfahrung und den Vorstellungen über das endzeitliche Heil. Dabei läßt Strolz in breitem Umfang die Religionen in ihren Überlieferungen selber zu Wort kommen, sinnvollerweise vor allem im Kapitel über das Gebet. Eine letzte Überlegung gilt der „ur-menschlichen Erfahrung der Vorläufigkeit aller Dinge“, die die Religionen von innen her zusammenführt. Strolz' Überlegungen zeichnen sich dadurch aus, daß nirgendwo künstlich oder oberflächlich harmonisiert wird: die innergeschichtlich unaufhebbaren Differenzen etwa im Erlösungsverständnis zwischen Christentum, Judentum und Islam werden mit aller Deutlichkeit thematisiert. Gleichzeitig werden behutsam Akzente gesetzt und Wege aufgewiesen, die das Gespräch der drei Glaubensweisen befördern können. So weist Strolz darauf hin, daß die Herausarbeitung der prophetischen Überlieferungslinie in der Sendung Jesu und die schärfere Fassung des christlichen Bekenntnisses zur Einzigkeit Gottes in seiner dreifaltigen Offenbarung Brücken zum Islam schlagen könnte. Eine Frage bleibt nach der Lektüre des anregenden Bandes: Wie sieht es mit den Hoffnungen auf eine angesichts der globalen Herausforderungen sicher dringlichen „Abrahamitische Ökumene“ angesichts der gegenwärtigen Erstarkung des fundamentalistischen Islam aus?

U. R.

FULBERT STEFFENSKY. *Feier des Lebens*. Spiritualität im Alltag. Kreuz Verlag, Stuttgart 1984. 158 S., 19,80 DM.

Noch nie habe es vermutlich eine Zeit gegeben, deren „spiritueller Analphabetismus“ so groß gewesen sei wie der unsrige, nie eine Zeit mit „größerer spiritueller Provinzialität und Selbstgenügsamkeit“. – In der vorliegenden Aufsatzsammlung des früheren Benediktinermönches und heutigen Professors für evangelische Religionspädagogik bildet diese Feststellung im Grunde den Ausgangspunkt. Die zwölf Beiträge des Buches kreisen um das Problem, das sich in allen Bereichen von Verkündigung und Katechese dringender denn je stellt: Wie kann Religion, christliche Religion wieder zu einer Angelegenheit werden, die den Alltag der Menschen prägt, die ihnen einen Lebensraum bietet? Wie kann das Lebenswissen des Christentums weitergegeben werden? Steffenskys Antwort: „Das Christentum geht verloren, wo es sich verschweigt, wo es sich nicht in Gesten und Zeichen und Aufführungen darstellt.“ Interessant macht dies Buch schon allein die in seiner Biographie angelegte Stellung des Autors innerhalb wie zugleich zwischen Katholizismus und Protestantismus. Hier spricht ein Konvertit, der weder den verlorenen Eierschalen der Kindheit nachweint, noch auch einer, der sich apologetisch loszusagen versucht von seiner Vergangenheit. Der Autor versucht, beiden Anteilen, der „gedachten Religion“ des Protestantismus wie auch der „gelebten Religion“ des Katholizismus gerecht zu werden. Der Gefahr, mißverstanden zu werden in seinem Anliegen, weicht er nicht aus: Mehrfach fragt man sich bei der Lektüre, ob die Überlegungen des Autors nicht allzu sehr, wie er es selbst einmal ausdrückt, „Wasser auf die Mühlen aller Traditionalisten“ sein könnten. Dann nämlich, wenn er die Gefahren einer „Überanstrengung des Subjekts“, einer nur allzu großen Ich-Verhaftetheit anprangert, ohne damit aber hinter den berechtigten Kampf um die Unabhängigkeit des Subjekts, wie er für die Moderne konstitutiv geworden ist, zurückgehen zu wollen. Oder wenn er die Notwendigkeit von Gestaltgebung einklagt, ohne deswegen aber der Tatsache, daß in der Vergangenheit mit „versklavenden Formen“ aufgeräumt wurde, ihre Berechtigung abzuspochen. Man wird in Zukunft genauer hinhören müssen, wenn Zeitgenossen die Bedeutung der Glaubensformulierung, der Glaubensgeste, der Institution herausstreichen, die Verwobenheit des einzelnen in eine Geschichte des Kollektivs betonen oder ein rationalistisches Mißverständnis von Liturgie und Volksfrömmigkeit aufdecken.

K. N.